

Wir wollen auch die Förderung der Gründerinnen und Gründer aus den Hochschulen weiterentwickeln. Dazu haben wir ein eigenes Förderprogramm gestartet. Der Förderaufruf dazu wurde Anfang März, also vor wenigen Wochen, gestartet.

Wir müssen aber auch die Finanzierung im Blick haben. Es ist für Frauen nämlich schwieriger, an Finanzierungen zu kommen. Es zeigt sich immer wieder, dass es Unterstützungen bedarf. Deshalb brauchen wir mehr weibliche Business Angels und mehr Frauen in Venture-Capital-Gesellschaften. Deshalb zielen wir darauf ab, die Stipendien, Förderprogramme, Wettbewerbe, die ganzen Jurys, die darüber entscheiden, möglichst paritätisch zu besetzen – genauso wie wir die vielfältigen Aktivitäten der NRW.BANK unterstützen, um Gründerinnen die Gründung zu erleichtern.

Wir brauchen mehr Gründerinnen und Unternehmerinnen. Dazu hilft ein wacher Blick auf die Bedarfe unserer Gründungsszene. Mit NRW Startup Reports erhalten wir einen tieferen Einblick in die landesweite Startup-Szene. Der Schwerpunkt dieses Reports liegt in diesem Jahr auf weiblichen Gründerinnen. Wir erhoffen uns damit wertvolle Impulse zur weiteren Verbesserung der Situation für Gründerinnen im Land. Das ist eine stete Verbesserung und bleibt eine Aufgabe, der wir als Landesregierung uns dauerhaft und kontinuierlich widmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Somit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/8442 an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen zu:

5 Kostenfreie Meisterfortbildung in Nordrhein-Westfalen sicherstellen – Fachkräfte ausbilden, statt sie zu importieren!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/8426

Ich eröffne die Aussprache. Der Fraktionsvorsitzende der AfD Dr. Vincentz beginnt. Bitte sehr.

Dr. Martin Vincentz* (AfD): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben gerade über Gründungsklima gesprochen. Eine ganz praktische Möglichkeit, das Gründungsklima in NRW weiter zu verbessern, können wir uns anhand dieses Tagesordnungspunkt einmal anschauen, denn wir haben schon sehr oft an dieser und an anderer Stelle über den Fachkräftemangel gesprochen und eine Reihe von Anhörungen durchgeführt, nur konkrete Schritte lassen dann doch oftmals ein wenig vermissen.

So wäre die Meisterfortbildung eine praktische Möglichkeit, dem Gründungsklima, aber auch dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die wird oft an Meisterschulen durchgeführt, kostet dort mehrere Tausend Euro. Je nachdem, zu welchem Meister Sie sich fortbilden lassen, können das durchaus mal 12.000 Euro sein. Da entscheidet dann oftmals der Geldbeutel der Eltern, der eigene Geldbeutel, ob man sich das zutraut, ob man es macht oder nicht.

In einer Situation, in der wir von konservativer Seite vielleicht eher von einer bürgerlichen Leistungsgesellschaft träumen, von linker Seite vielleicht eher von Aufstieg durch Bildung, ist es eigentlich unhaltbar, dass es immer noch davon abhängt, wieviel Geld ich mitbringe, um gegebenenfalls meine persönlichen Bildungsabschlüsse und Bildungsideale zu verwirklichen.

Das ist in Bayern längst erkannt worden. Auch Hessen hat Folge geleistet. Man muss fairerweise sagen: Nicht alles ist schlecht in Bayern. Dort werden schöne Autos produziert, gutes Bier gebraut und eben eine kostenlose Meisterfortbildung eingeführt.

Zwei der drei Dinge erfüllen wir auch in NRW. Auch wir haben schöne Autos und gutes Bier, aber eben keine kostenlose Meisterfortbildung. Was wir haben, ist eine Meisterprämie. Die ist allerdings für die aktuellen Kosten deutlich zu niedrig angesetzt und so trennen manchmal Tausend, manchmal immerhin noch mehrere Hundert Euro von einer Kostenfreiheit der Meisterprämie. Da gibt es noch Luft, Raum und Möglichkeit, das zu verändern.

Das mag für den einen oder anderen hier im Raum eher banal klingen und vielleicht eine eher kleine Summe sein. Wenn man sich aber vorstellt, als Geselle quer einzusteigen und den Meister machen zu wollen, können das unter Umständen Summen sein, die eine Biografie gänzlich verändern und jemanden aktiv davon abhalten, diesen mutigen Schritt zu gehen, sich als Meister fortzubilden und dann unter anderem dazu beizutragen – egal ob Männlein, Weiblein oder was auch immer –, ein Unternehmen hier in Nordrhein-Westfalen zu gründen. Daran sollte uns allen gelegen sein.

Es ist eben nicht nur der Meister im Handwerk, der Handwerksmeister, sondern es gibt genauso Industriemeister oder verschiedene Fachmeister, sei es beispielsweise auch nur der von mir eben angesprochene Braumeister, auf den wir doch alle gern zurückgreifen.

Daher wäre das ein guter Schritt. Es würde das Land und den ohnehin schon belasteten Haushalt in der aktuellen Situation auch gar nicht viel kosten, würde man da aufstocken. Man gäbe aber vielen angehenden Meistern eine echte Sicherheit, dass es nicht zu Lasten des eigenen Kontos ginge, sondern man hätte die Möglichkeit, dort hintergrundunabhängig Menschen nur aufgrund ihrer Leistung, aufgrund ihres klugen Kopfes zu fördern und dafür zu sorgen, dass wir mehr Meister in NRW haben – in einer Situation, in der wir wie gesagt sehr oft über den Fachkräftemangel sprechen.

So hält uns im Prinzip wenig davon ab, diesen Antrag heute durchzuwinken, weil – noch einmal – zwei Regierungen, die CSU-Regierung in Bayern und die CDU-Regierung in Hessen, diesen Schritt schon gegangen sind. Ich kann mir trotzdem vorstellen, wie die Abstimmung am Ende ausfallen wird, weil es eben nicht von der CSU und nicht von der CDU, sondern von der AfD kommt. Trotzdem es ein guter Gedanke ist, wird er von allen anderen abgelehnt werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU hat nun der Kollege Christian Berger das Wort. Bitte sehr.

Christian Berger (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Vincentz, zumindest im letzten Satz werden Sie recht behalten.

Wenn man Anträge und ihre Qualität in Gewicht ausdrücken könnte, dann wäre dieses AfD-Pseudo-Meisterwerk ein parlamentarisches Leichtgewicht. Sie bedienen sich eines durchaus wichtigen Themas, basteln im Copy-and-Paste-Modus einen Antrag zusammen, in dem wirklich gar nichts zusammenpasst.

(Andreas Keith [AfD]: Wie gestern Ihr Antrag zu den Schwimmbädern!)

Da jeder Antrag von Ihnen auch etwas AfD-Schärfe braucht, wurde das Ganze von einer absolut unpassenden Überschrift gekrönt, nämlich: „Fachkräfte ausbilden, statt sie zu importieren!“ Im Zusammenhang mit der Anwerbung von ausländischen Kräften von „importieren“ zu sprechen, ist für mich unwürdig und wieder ein Versuch, so zu provozieren, und das auch noch ziemlich plump.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Aber schauen wir uns Ihren Antrag kurz an.

Erstens. Die Meistergründungsprämie hilft bei der Gründung und hat nichts mit der Ausbildung zu tun – Punkt.

Zweitens. Einen Meistertitel mit Unabhängigkeit vom Geldbeutel stellen wir auch aktuell bereits. Stichwort: „Aufstiegs-BAföG“ plus „NRW-Meisterprämie“ – Punkt.

(Dr. Martin Vincentz [AfD]: Das reicht ja nicht!)

Drittens.

(Dr. Martin Vincentz [AfD]: Das reicht nicht!)

Dem Beispiel von Bayern zu folgen, ist Ihr Vorschlag. Na ja, Bayern macht es genau wie Nordrhein-Westfalen: Aufstiegs-BAföG plus Meisterprämie. Man sollte vielleicht nicht nur die Überschriften lesen, Herr Dr. Vincentz.

(Dr. Martin Vincentz [AfD]: Die zahlen aber 3.000 Euro!)

– Ja, 500 Euro Unterschied. Dann schreiben Sie es konkret in den Antrag rein.

2.500 Euro Meisterprämie erhält jeder neue Meister seit dem 1. Juli 2023.

Das Aufstiegs-BAföG des Bundes steht ebenfalls zur Verfügung und deckt bis zu 75 % der Ausbildungskosten ab. Meiner Meinung nach müssten die Bedingungen, die Abwicklung und die Förderung des Aufstiegs-BAföG überarbeitet werden. Das ist Sache des Bundes. Da habe ich aber einen Tipp für Sie: Stellen Sie doch einen Antrag in Berlin. – Aber ich denke, das Ergebnis kenne ich.

Ich finde es schade, dass Sie über diesen Antrag nicht direkt abstimmen wollen. Nun geht er in den Ausschuss. Dem stimmen wir im guten parlamentarischen Verfahren zu. Verdient hat es dieser Antrag aber nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der SPD hat nun die Kollegin Lena Teschlade das Wort. Bitte sehr.

Lena Teschlade (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 3,77 Sekunden – so lange hat es gedauert, bis in einem Antrag der AfD die erste rassistische Aussage getroffen wird. Keine Ahnung, ob Sie sich immer im persönlichen Wettbewerb darum befinden, wer sich am Schnellsten rassistisch äußert. Sie streiten sich auf jeden Fall nicht um die besten Inhalte.

Das zeigt auch der Antrag wieder. Ehrlich gesagt ist es langsam auch nur noch nervig, weil Sie bei allem immer irgendeine Verbindung ziehen, warum die

Zuwanderung schuld ist. Ich glaube, die Leier kann hier wirklich niemand mehr hören.

(Vereinzelt Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Sie bieten auch überhaupt keine Lösungen für wirklich komplexe Fragen. Ihr Antrag ist in der Form eigentlich überhaupt nicht notwendig, da viele der Punkte schon bearbeitet werden und weil der Antrag an ganz vielen Stellen viel zu kurz greift.

Niemand hier bezweifelt, dass wir mehr Fachkräfte im Handwerk brauchen. Den wichtigsten Schritt dafür hat die SPD bereits angestoßen. Das ist nämlich die Änderung der Verfassung zur Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung. Daran hängt nämlich der erste ganz wesentliche Schritt.

(Beifall von Susanne Schneider [FDP])

Und wir müssen mehr junge Menschen für das Handwerk begeistern. Zu jungen Menschen schreiben Sie in Ihrem Antrag kein Wort. Sie sprechen auch nur Männer an.

(Dr. Martin Vincentz [AfD]: Das ist das generische Maskulinum!)

Wenn wundert es, dass Sie wieder verpassen, dass eine große Ressource gerade für das Handwerk bei Frauen liegt. Das zeigt auch wieder deutlich: Sie verstehen das Problem überhaupt nicht.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dr. Martin Vincentz [AfD])

Ein Aspekt in dem Antrag ist richtig: Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir es schaffen, dass sich mehr Menschen für die Meisterausbildung entscheiden, sich die Meisterausbildung aber vor allen Dingen auch leisten können. – Damit haben wir uns schon sowohl im Wirtschaftsausschuss als auch im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales beschäftigt. Dazu gab es hier schon Anträge.

Wir sagen auch als SPD immer, dass die Meisterprämie der richtige Schritt ist. Allerdings ist auch uns das eigentlich noch ein bisschen zu wenig. Der Kollege von der CDU hat gerade schon ausgeführt, wie die Meisterprämie ausgestaltet ist. Dazu gehört auch das Thema „Aufstiegs-BAföG“. Das ist ja der Punkt. Wir haben ganz viele Menschen, die überhaupt nicht in der Lage sind, sich den Meister zu leisten. Deshalb ist das Aufstiegs-BAföG so zentral. Deshalb haben wir beim letzten Plenum sehr intensiv darüber diskutiert, wie wir es schaffen, die Anträge bei der Bezirksregierung Köln abzubauen, damit endlich mehr Menschen davon profitieren können.

Noch mal zum Schluss: Sie bleiben in Ihrem Antrag zumindest Ihrer politischen Ausrichtung treu, dem Rassismus. So heißt es in der Überschrift: „Fachkräfte ausbilden, statt sie zu importieren!“ – Sie wollen ja immer lieber deportieren.

(Beifall von der SPD)

Eine Sache ist aber Fakt. Wir brauchen in Deutschland Fachkräfte und fleißige Hände. Dafür wird auch die AfD Zuwanderung brauchen. Davor kann man überhaupt nicht die Augen verschließen, denn die Menschen werden ja nicht mehr, wenn sowieso schon alle an einer viel zu kleinen Decke ziehen. Wen brauchen wir denn, um Fachkräfte zu sichern? Frauen – eine ganz wichtige Ressource. Würden alle Frauen, die heute in Teilzeit sind, morgen Vollzeit arbeiten, hätten wir schon ein ganz großes Problem gelöst. Zuwanderung ist ein anderer großer Punkt. Menschen mit Behinderung, Langzeitarbeitslose – alles wichtige Ressourcen, alles Gruppen, die Sie als AfD bekämpfen.

(Beifall von der SPD)

Damit wird dann wirklich eine Partei die Herausforderung des Fachkräftemangels garantiert nicht bewältigen. Das ist die AfD.

Wir stimmen der Überweisung selbstverständlich zu, aber werden dem Antrag auch im Ausschuss wahrscheinlich nicht zustimmen.

Vizepräsident Christof Rasche: Es gibt noch eine Kurzintervention. Erst 60 Sekunden für Dr. Vincentz und dann 60 Sekunden für Sie. – Wir starten mit Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz* (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrte Frau Kollegin, auf viele der Unterstellungen möchte ich an der Stelle gar nicht eingehen, weil sie schlichtweg absurd sind.

Eine Sache möchte ich aber kurz klarstellen. Der Meister im generischen Maskulinum kann sowohl Männlein als auch Weiblein und alles dazwischen ansprechen. Das ist im deutschen Sprachgebrauch immer noch so. Wenn wir allerdings im Honorikum, also in der Höflichkeitsform, miteinander sprechen und ich Sie mit „Sie“ anspreche oder „Ihre“ Idee lobe, dann wäre es in dem Falle egal, ob Sie weiblich sind oder ob ich den Präsidenten anspreche. Auch ihn würde ich mit „Sie“ oder „Ihre“ Idee ansprechen. Das ist im Deutschen auch so. In der Höflichkeitsform spricht man weiblich, im generischen Maskulinum männlich. Das heißt nicht, dass man irgendwen exkludiert. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Lena Teschlade (SPD): Kann ich schon anfangen?

Vizepräsident Christof Rasche: Gerne.

Lena Teschlade (SPD): Herr Dr. Vincentz, Mansplaining ist immer das, was Frauen mit Abstand

wirklich am Allerätztesten finden. Es war klar, dass das gerade von Ihnen kommt, zeigt aber auch wieder, dass Sie wirklich überhaupt nichts, aber auch gar nichts verstanden haben.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

– Herr Dr. Blex, es ist schön, dass Sie auch noch mal dazwischenquäken.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Dr. Christian Blex [AfD]: Genau!)

Vizepräsident Christof Rasche: Für die Fraktion der Grünen hat nun der Kollege Marc Zimmermann das Wort.

Marc Zimmermann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Wieder einmal ein Antrag der AfD, der eine vermeintlich leichte Lösung für komplexe Zusammenhänge fordert und die tatsächliche Situation in NRW komplett ausblendet.

Es ist ein netter Versuch, die Handwerker für sich zu gewinnen. By the way: Die Handwerkerinnen wurden von Ihnen nicht berücksichtigt; das aber nur am Rande. Sie können jetzt gleich wieder eine Intervention anmelden, aber da würden Sie dieselbe Antwort bekommen, wie sie Frau Teschlade gegeben hat.

Kommen wir zum Antrag. Der Antrag spricht in der Prosa von der Meisterprämie. Dann wird die Landesregierung aber aufgefordert, die Meistergründungsprämie zur Gebührenfreiheit weiterzuentwickeln. Was denn nun?

Ich kläre mal kurz auf.

Erstens. Wir haben in NRW für eine abgeschlossene Meister- oder Meisterinnenausbildung eine Meisterprämie in Höhe von 2.500 Euro. Sie ist im Übrigen genauso hoch wie in Bayern, wo aber gerade erst nachgezogen wurde, und deutlich höher als in Hessen. Beides sind Länder, die Sie zum Vergleich heranziehen.

Zweitens. Darüber hinaus gibt es als Zuschuss eine Meistergründungsprämie von bis zu 10.500 Euro im Falle einer an die Meister- oder Meisterinnenausbildung anschließende Betriebsgründung.

Drittens. Die Kosten für den Meisterkurs und für die Lebenshaltung können über das Aufstiegs-BAföG abgedeckt werden.

Fakt ist also, dass es in NRW derzeit verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen gibt, die sich über eine Qualifizierung zum Meister oder zur Meisterin weiterbilden wollen.

Wie die Kosten für die Meister- oder Meisterinnenausbildung letztlich getragen werden sollen, zeigen

Sie nicht auf. Werden am Ende eventuell die Kammern und damit die Mitgliedsbetriebe ebenfalls zur Kasse gebeten? In diesem Fall würde der Meister oder die Meisterin die Kosten nach einer Betriebsgründung doch noch zahlen. Das stellt sicher keinen Anreiz für Betriebsgründungen oder -übernahmen dar, die wir aber dringend benötigen. Wirtschaftspolitisch ist das also nicht förderlich.

Dass die AfD wirtschaftspolitisch gefährlich ist, attestiert Ihnen aber ja auch die Wirtschaft selbst. Untermauert wird das durch den in der Überschrift des Antrags natürlich nicht fehlenden Tritt in Richtung von Menschen mit internationaler Geschichte. Sie haben noch immer nicht verstanden, dass der Fach- und Arbeitskräftemangel nicht alleine mit den von Ihnen bevorzugten deutschen Bürgerinnen und Bürgern zu beheben sein wird.

Der Überweisung des Antrags stimmen wir zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Für die Fraktion der FDP hat nun die Kollegin Susi Schneider das Wort. Bitte sehr.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auf den Meistertitel sind wir in Deutschland alle besonders stolz. Dabei denke ich nicht an Bayer Leverkusen und ob wir dieses Jahr die Schale vielleicht endlich wieder mal nach Nordrhein-Westfalen bekommen, sondern an das Handwerk. Dort ist der Meistertitel das Gütesiegel.

Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich schon länger dafür ein, dass die Meisterfortbildung kostenlos wird. In den letzten Haushaltsberatungen haben wir beantragt, die Meisterprämie zu verdoppeln. Damit hätte man eine Kostenfreiheit auch für die Bildungsgänge erreicht, die zum Beispiel mit erhöhten Kosten für die Materialien verbunden sind. Angesichts der tatsächlichen Kosten von einigen Meisterkursen reicht die momentane Pauschale in Höhe von 2.500 Euro dafür schon lange nicht mehr aus.

Die Verdoppelung der Pauschale wäre auch der richtige Schritt gewesen, um die Meisterfortbildung attraktiver zu machen und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung zu fördern.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Des Weiteren wäre sie ein Beitrag dazu gewesen, die Betriebsstrukturen und damit Arbeits- und Ausbildungsplätze im Handwerk zu erhalten. Die Rolle des Handwerks als Macher der Energiewende hätte sie mit einer Fachkräfteoffensive gestärkt.

Leider hat die schwarz-grüne Mehrheit im Haus diese Maßnahmen blockiert. Wir werden uns dafür

aber weiterhin einsetzen, denn für uns gilt immer noch der Leitsatz: Ein Meister ist mindestens genauso viel wert wie ein Master.

(Beifall von der FDP)

Den vorliegenden Antrag können wir wegen handwerklicher Fehler nur ablehnen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

So werden die im Juli 2023 eingeführten Meisterprämien des MAGS und die bereits 1995 eingeführte Meistergründungsprämie des damaligen MWIKE miteinander vermischt. Die Meistergründungsprämie fördert Betriebsgründungen oder -übernahmen in NRW. Das bedeutet auch eine bessere Bindung an unser Land. Die Meistergründungsprämie kann also gar nicht zu einer kostenfreien Meisterfortbildung weiterentwickelt werden, wie das der Antragsteller fordert. Offenbar hat sich der Antragsteller aber nicht so in das Thema eingearbeitet, dass er den Unterschied zwischen den beiden Instrumenten erkannt hätte.

Man kann sagen, dass die Meistergründungsprämie ein Erfolgsmodell ist. Damit wurden im Handwerk bis 2021 mehr als 18.000 Existenzgründungen gefördert und rund 69.000 Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze geschaffen oder gesichert. Unter Wirtschaftsminister Professor Andreas Pinkwart wurde die Förderung von 7.500 Euro auf bis zu 10.500 Euro erhöht.

Dieses Instrument wollen wir weiter stärken. Wir wollen Meisterinnen und Meister nicht nur kostenfrei ausbilden, sondern sie auch in Nordrhein-Westfalen halten.

(Beifall von der FDP)

Die Meistergründungsprämie fördert, dass in Nordrhein-Westfalen Betriebe übernommen werden oder neu entstehen. Wenn der Meister in Bayern und in Hessen jetzt kostenfrei wird, dann haben wir mit der Meistergründungsprämie in NRW ein gutes Instrument, um ausgebildete Meister zu uns zu locken.

Ansonsten zeigt sich wie immer das Doppelgesicht der Antragsteller. Der Titel des Antrags „Fachkräfte ausbilden, statt sie zu importieren!“ spricht Bände. Die Gewinnung von aus- und inländischen Fachkräften wird gegeneinander ausgespielt. Es geht nur um das Schüren von Stimmungen und nicht um die Sache. Wir werden aber sowohl in- als auch ausländische Fachkräfte benötigen, um unseren Fachkräftemangel zu bekämpfen.

Rassistische und fremdenfeindliche Zwischentöne, wie sie von der AfD immer wieder angeschlagen werden, sind menschenfeindlich, schäbig und schaden uns bei der Fachkräftegewinnung. Auch daher werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat nun Minister Karl-Josef Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist völlig klar, dass eine kostenfreie Ausgestaltung der beruflichen Aufstiegsfortbildung einen wichtigen Beitrag zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes darstellt. Außerdem leistet sie einen entscheidenden Beitrag für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung. Die Kostenfreiheit von Aufstiegsfortbildungen im Bereich der Meisterausbildung sichert auch nicht nur Fachkräfte, sondern ebenso Unternehmensgründungen und die Übernahme von Handwerksbetrieben.

Man sollte auch nicht geringerschätzen, dass der Meistertitel in einem erheblichen Umfang die Qualität der Berufsausbildung sichert. Nicht umsonst ist nicht nur die Gründung eines Betriebs im Handwerk an den Meisterbrief gebunden, sondern auch das Recht, Lehrlinge und Auszubildende auszubilden. Ich glaube, dass wir über Generationen mit diesem Instrument sehr gut gefahren sind.

Jetzt gucken wir uns einfach mal die Situation an. Mit dem Aufstiegs-BAföG, was es bei uns in Deutschland gibt, werden heute rund 75 % der Kosten einer Meisterausbildung finanziert. Das ist schon mal ein ganz entscheidender Schritt, den wir haben.

Wir haben dann zum 1. Juli 2023 als jetzige Landesregierung, die im Koalitionsvertrag einen großen Schwerpunkt auf die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung legt, als ersten Schritt die Meisterprämie für alle Handwerksberufe eingeführt.

Mit diesen zusätzlichen 2.500 Euro — das bestätigen auch die Innungen — haben wir im Grunde genommen die Abdeckung der Kosten einer Meisterausbildung geschaffen. Ich finde, dass es meinem Staatssekretär sehr gut gelungen ist, diese Meisterprämie so zu organisieren, dass sie sehr bürokratiearm ist. Deswegen ist es auch eine Pauschale. Sie können sich vorstellen, was bei den zuständigen Ämtern los wäre, wenn wir das in jedem Fall spitz ausrechnen würden. Pauschalen lassen sich immer leichter handhaben.

Wir haben jetzt ein System, dass man im Grunde davon ausgehen kann, dass die Leute diese 2.500 Euro 14 Tage nach ihrer Meisterprüfung auf ihrem Konto haben.

Das ist also sehr bürokratiearm und einfach organisiert.

Wir brauchen dafür im Haushaltsplan für ein ganzes Jahr immerhin rund 11 Millionen Euro, die wir aus

Landesmitteln zur Verfügung stellen, um dieses zu finanzieren.

Ich finde, damit ist ein sehr wichtiger Schritt zur Gleichwertigkeit gemacht worden.

Dass wir uns in einem ersten Schritt auf das Handwerk konzentrieren, hat einen guten Grund. Erst einmal haben wir da die kleineren Betriebe – das ist etwa der Unterschied zum Industriemeister –, und natürlich hängt im Handwerk die Übernahme der Betriebe ausschließlich an der Meisterprüfung. Damit ist das eine wichtige Frage der Zukunftssicherung eines breit aufgestellten Handwerks in allen Regionen von Nordrhein-Westfalen.

Wir Menschen wissen ja auch sehr genau, dass ein gutes Handwerk auch sehr mit der Lebensqualität in der Region zu tun hat. Ich kann mir Lebensqualität ohne Handwerksleistungen gar nicht richtig vorstellen, weil die Vielfältigkeit und die Exzellenz, die das Handwerk uns in verschiedensten Fragen bietet, letzten Endes eine einzigartige Bereicherung des Marktes und auch der regionalen Wertschöpfung ist.

Sie sehen also, dass wir mit diesen Fragen auf einem sehr guten Weg sind. Deswegen hätte es des Antrages der AfD nicht bedurft, aber er hat uns als Landesregierung immerhin die Möglichkeit gegeben, unsere Philosophie zu dieser Frage noch einmal darzustellen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrages Drucksache 18/8426 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Wissenschaftsausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung stattfinden. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU, FDP und AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Somit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Ich rufe auf

6 Bericht des Petitionsausschusses

Gemäß § 100 unserer Geschäftsordnung soll der Petitionsausschuss dem Landtag mindestens jährlich mündlich berichten. Entsprechend der bisher üblichen Praxis im Haus erteile ich dem stellver-

tretenden Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Herrn Thomas Schnelle, das Wort. – Bitte sehr.

Thomas Schnelle (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Oft blicken wir zurück auf die Geschichte, um die Bedeutung unseres Petitionswesens, unserer parlamentarischen Arbeit, auch unserer Demokratie fassen zu können.

Wir erinnern oft an das Römische Reich oder an die Reformen Friedrichs des Großen, um uns bewusst zu machen, welche Fortschritte wir erreicht haben – für die Freiheit und für die Bürgerrechte aller Mitglieder unserer Gesellschaft.

Heute möchte ich nicht in die ferne Vergangenheit zurückblicken. Ich möchte mit den Erfolgen des Petitionsausschusses im Rücken in die Zukunft blicken – dahin, wohin wir gehen können, für eine stärkere Demokratie, einen besseren Austausch mit den Menschen, für eine Abkehr von Misstrauen gegen den Staat und seine Institutionen, denn der Staat sind wir alle; das ist doch das Wesen unserer Gesellschaft.

Der Rückblick auf das Jahr 2023 ist ein Blick auf ein Jahr der Multikrisen. So beschreibt es die Wissenschaft, egal ob wir Forscherinnen und Forscher aus der Soziologie, der Politikwissenschaft, den Wirtschaftswissenschaften oder der Medizin befragen.

Der Terrorangriff der Hamas auf Israel, der andauernde Krieg in der Ukraine, die Energiekrise mit ihren großen finanziellen Folgen für die Menschen durch den Angriff Russlands, der Klimawandel, die Nachwehen der Coronapandemie, die potenzielle Krise für unsere Demokratie – in solchen Zeiten fällt es schwer, optimistisch in die Zukunft zu schauen. Die Welt scheint aus dem Gleichgewicht geraten.

Die Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger auf diese Krisen fallen höchst unterschiedlich aus. Manche entscheiden sich für den Protest, der dann laut ausfällt, andere ziehen sich zurück ins Private und resignieren möglicherweise, werden leiser und stiller, geben die Hoffnung auf.

Mittlerweile haben aber über 4 Millionen Menschen in Deutschland in diesem Jahr für den Erhalt unserer Demokratie demonstriert – über 1 Million Menschen alleine bei uns in Nordrhein-Westfalen. Auch hier im Saal werden viele von Ihnen bereits an einer Demonstration teilgenommen haben oder dort eventuell sogar eine Rede gehalten haben.

Auch bei mir im Kreis Heinsberg gab es am letzten Wochenende noch Demonstrationen und Veranstaltungen: einen internationalen Tag gegen Rassismus und Faschismus, eine Kundgebung in Übach-Palenberg, einer Stadt mit 20.000 Einwohnern, und vieles andere.